

Anne-Kathrin Krug, Jakob Graf

Zur Aktualität der Organisationstheorie von Luxemburg und Gramsci Zwischen emanzipatorischer Theoriebildung und ahistorischer Bezugnahme

„Wir wissen, dass wir nicht allmächtig sind und vieles einfach verändern können. Wenn wir merken, es gibt einen Widerspruch, den wir nicht produktiv auflösen können, dann gönnen wir uns eine Atempause und lesen mal Gramsci oder Luxemburg. Vielleicht finden wir danach eine Lösung“ meint Katja Kipping (a&k 2012). Immer wieder ringt die Linke in Deutschland, so auch die Partei DIE LINKE, um Orientierung. Aber auch Alexis Tsipras vermittelte in seinem Vortrag anlässlich der Eröffnung einer Niederlassung der Rosa-Luxemburg Stiftung in Griechenland die Zuversicht, dass sich „[...] die politischen Führungen in Griechenland und in Europa [...] vom Antidogmatismus und dem kompromisslosen Humanismus Rosa Luxemburgs inspirieren lassen [...]“ (Tsipras 2012: 17). Luxemburg und Gramsci galten und gelten nicht nur in Europa linken Bewegungen, Organisationen und Parteien immer wieder als wichtige Bezugspunkte. Den bekanntesten Bogen hat wohl Peter Weiss mit der sogenannten 'Linie Luxemburg-Gramsci' geschlagen (vgl. Haug W. 1989). Mit dieser unscheinbaren Notiz legt er nahe, dass sich Luxemburg und Gramsci in mehrfacher Hinsicht in Ergänzung zueinander lesen lassen. Dieser Hinweis wurde als außerordentlich fruchtbare Anregung aufgenommen (vgl. Haug F. 2002). Einerseits lässt sich ein öffentliches Kokettieren der Linken mit Luxemburg und Gramsci feststellen, andererseits wurden sie hinsichtlich der theoretischen Fragen linker Organisation zentrale Bezugspunkte.

Wir gehen in diesem Artikel davon aus, dass sich Luxemburg und Gramsci in zentralen Fragen der Organisation, der Führung, Massenaktivität, des Zentralismus und der Demokratie überschneiden und ergänzend lesen lassen und einer heutigen Linken durchaus fruchtbare Einsichten liefern können. Diese Ansätze werden zunächst stark gemacht. Im Folgenden stellen wir jedoch die Frage, inwiefern es heute möglich ist, unvermittelt auf die Texte vom Anfang des 20. Jahrhunderts und deren Erkenntnisse zurückzugreifen oder ob sich aus einem unvermittelten Übertragen nicht vielmehr Gefahren oder Probleme ergeben.

1. Rosa Luxemburgs sozialdemokratische Bewegung

In Rosa Luxemburgs Lebenszeit von 1871 bis 1919 fallen bedeutende historische Vorgänge und gesellschaftliche Entwicklungen, die ihr Denken maßgeblich beeinflusst haben und in die sie sich immer wieder eingemischt hat. Die ersten Massenstreiks im zaristischen Russland am Ende des 19. Jahrhunderts hinterließen bei ihr einen bleibenden Eindruck, der sich Zeit ihres Lebens in ihren Texten und ihrer politischen Praxis niederschlug. Anknüpfend an Marx und Engels war sie davon überzeugt, dass sich die proletarische Revolution mit objektiver Notwendigkeit ihren Weg bahnt und als Resultat den Sozialismus hervorbringen wird. Dafür rechnete sie mit der Aktivität der Massen, die sich in Kämpfen um einen höheren Lebensstandard und politische Rechte ihrer Klassenposition im Kapitalismus bewusst werden. Die soziale Umwälzung ist dabei Ziel ihres Handelns. Sämtliche Erfahrungen, die durch die Massen gemacht werden, Niederlagen, Fortschritte und die Sisyphusarbeit in Zeiten des anscheinenden Stillstands, sind nützliche Schritte, aus denen zu lernen ist und die Luxemburg in ihrer Kontinuität begreift. So beschrieb sie die Revolution von 1905 in ihrer Schrift *Massenstreik, Partei und Gewerkschaft* (1906) als ein Resultat der vorausgegangen unterschiedlichen ungeplanten Aktionen und Massenstreikepisoden an vielen Orten Russlands zwischen 1896 und 1905 (vgl. Luxemburg 1906: 102ff.). Auch die Revolution des Jahres 1917 betrachtete sie als direkte Fortsetzung der Revolution von 1905-1907 (vgl. Luxemburg 1918: 336). Auseinandersetzungen, die das Proletariat in vielerlei auch kleinen Kämpfen führt, werden von Luxemburg zugleich als dessen stetige Lernprozesse begriffen, an deren Ende die von den Massen getragene soziale Umwälzung stehen sollte. Das Hauptziel, die sozialistische Gesellschaft, sei Dreh- und Angelpunkt, an dem sich die politische Taktik auszurichten habe (vgl. Luxemburg 1899: 369f.). Eine proletarische Bewegung ohne den Fokus auf dieses Ziel verfallt dem Opportunismus und werde zum Hindernis der Revolution. Über die Frage der Konstitution, der Funktionsweise und der Rolle, die eine linke Partei in sozialen Umwälzungsprozessen spielen sollte, lag sie von Beginn an im Streit, zunächst mit Teilen der deutschen Sozialdemokratie, später auch mit Lenin und Teilen der Bolschewiki. Ihr Streit mit dem revisionistischen Flügel der deutschen Sozialdemokratie brachte Rosa Luxemburg erstmals in Deutschland auf die politische Bühne. Der revisionistische Flügel wurde vor allem durch Konrad Schmidt und Eduard Bernstein vertreten, die an ein allmähliches Hinüberwachsen in den Sozialismus glaubten. So bekämpfte Luxemburg schon 1899 in *Sozialreform oder Revolution* Eduard Bernsteins Auffassung von der allmählichen Einführung des Sozialismus durch soziale Reformen, die das Ziel der sozialen Revolution aufgegeben hatte und die sozialdemokratische Arbeit allein auf das Parlament beschränken wollte. Nach

Luxemburg hat die gesetzliche Reformarbeit keine eigene, von der Revolution unabhängige Triebkraft. Vielmehr sei die Reformarbeit stets an die Revolution, die sie als den politischen Schöpfungsakt der Gesellschaft beschreibt und durch die eine neue Gesellschaftsordnung erkämpft wird, gebunden (vgl. Luxemburg 1899: 428). Die gesetzliche Reformarbeit bewege sich in jeder Geschichtsperiode „nur *im Rahmen* der durch die letzte Umwälzung in die Welt gesetzten Gesellschaftsform“ (ebd.; Hervorh. im Original). Das Besondere der sozialdemokratischen Bewegung liegt also zunächst einmal in ihrem Ziel: der geschichtlichen Umwälzung, dem Erzwingen des Übergangs einer Gesellschaftsordnung in eine andere.

Auf dem Weg zu diesem Ziel erachtete Luxemburg die Phase des Parlamentarismus lange Zeit als ein notwendiges Durchgangsstadium, das die hohe Entwicklungsstufe der westeuropäischen sozialdemokratischen Bewegung kennzeichne (vgl. Luxemburg 1903/04: 437f.). In ihrer Schrift zu *Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie* (Luxemburg 1903/04) wird klar, dass die Form der sozialdemokratischen Organisation stets wesentlich von der Art der Organisation des Staates durch die Herrschenden abhängt, denn sie bildet zugleich das Feld, auf dem sich auch das Proletariat bewegt und in dem es seine Wirkung entfalten kann. Die kapitalistische Produktionsweise sieht sie aber nicht an eine bestimmte politische Form gebunden (vgl. Luxemburg 1899: 424). Letztere ergebe sich vielmehr aus inneren und äußeren Faktoren und Kämpfen mit der Bourgeoisie. Während diese sich gegen den Adel politisch durchgesetzt habe und zunehmend ihr Interesse an der parlamentarischen Form verliere, sei der Parlamentarismus für die Arbeiterklasse eines der „mächtigsten und unentbehrlichen Mittel des Klassenkampfes geworden“ (vgl. Luxemburg 1904: 450f.). Ebenso wie die politischen Freiheitsrechte bleibt der Parlamentarismus für Luxemburg von unschätzbarem Wert. Nur durch die Wahrnehmung der politischen Freiheitsrechte und damit auch der Möglichkeit parlamentarischer Arbeit hält sie die breite und massenhafte Organisation, die Bildung und Entwicklung der Arbeiterbewegung für möglich. Die Selbstverwaltung und das Wahlrecht müssen als Stützpunkte dienen, durch die allein das Proletariat in seiner Breite zum Klassenbewusstsein kommen kann (vgl. Luxemburg 1899: 432). Massenaktion, Selbstorganisation und Wahlkampf bilden für sie sich gegenseitig befruchtende Praktiken der politischen und ökonomischen Auseinandersetzungen, durch die der bewusster Teil der Arbeiterschaft auch die umliegenden Bereiche und Schichten in die sozialdemokratische Bewegung aufnimmt (vgl. Luxemburg 1906: 143). Noch verstärkt seit der russischen Revolution von 1905 betont sie aber, dass die wesentliche Schule des Proletariats nicht die Betätigung in den Parlamenten und auch nicht die geregelte Gewerkschaftspraxis, sondern die Phasen der Massenaktion seien, auf die das organisierte Proletariat hinarbeiten müsse.

Mit der zunehmenden Beschränkung auf das Parlament wurde jedoch deutlich, dass eine auf den revolutionären Bruch zielende Umwälzung von führenden Teilen der SPD schon bald nicht – oder zumindest nicht mehr um jeden Preis – angestrebt und die Aktivität der Massen zunehmend eher verhindert wurde. Vielmehr hatte sich die deutsche Sozialdemokratie „in ihrem Tageskampf wunderbar an den parlamentarischen Boden bis ins kleinste Detail angepasst, das gesamte vom Parlamentarismus gebotene Kampfesterrain auszubeuten und den Grundsätzen entsprechend zu beherrschen verstanden“ (Luxemburg 1903/04: 433). Diese spezifische Gestaltung sozialdemokratischer Praxis verdeckte zunehmend die weiteren Horizonte und führte dazu, dass die parlamentarische Taktik in weiten Teilen als *die* Taktik des sozialdemokratischen Kampfes schlechthin angesehen wurde (vgl. ebd.). Luxemburg stellt in diesem Zusammenhang auch die besondere Anfälligkeit einer nichtproletarischen Akademikerschicht heraus, sich als Parlamentarier von der proletarischen sozialdemokratischen Masse abzusondern (vgl. Luxemburg 1903/04: 437). Insbesondere dann, wenn sich ihnen in dieser Weise ein Karrieresprungbrett bot, beginnen sie sich in Form eines bürokratischen Apparates über die Massen zu stellen (vgl. Luxemburg 1911: 40).¹ Den Bürokratismus, der naturgemäß auf die „Initiative und Entschlossenheit stark lähmend wirkt“ (ebd.), sieht sie zwar als notwendiges Übel an, das „[...] *in der Natur der Dinge liegt*“ (ebd.; Hervorh. im Original). In diesem Bürokratismus würde die Partei jedoch versinken, wenn die Parteimasse schliefe. Das frisch pulierende Leben der Parteimasse sei das einzige Gegengift. Gleichzeitig verhindert beispielsweise der Verwaltungsapparat der Gewerkschaft oft auch die eigenständige Aktion, da sie der bürokratischen Leitung als Bedrohung erscheint und ihrem „Ruhebedürfnis“ entgegenwirkt (vgl. 1906: 163). Luxemburg sieht hier etwas schematisch eine tendenziell die Passivität der Basis fördernde Gewerkschafts- oder Parteiführung gegenüber einer tendenziell an sich kämpferischen Masse. Mit dem Parlamentarismus verfestigt sich die von Luxemburg stets kritisierte Trennung von politischem und ökonomischem Kampf institutionell und bringt zwei bürokratische Apparate hervor. Die damaligen stark parlamentsfixierten Erfahrungen in Frankreich machen für Luxemburg deutlich, dass in Arbeiterkreisen übertriebene Hoffnungen in Bezug auf die Möglichkeiten des Parlamentarismus geschürt werden (vgl. Luxemburg 1904: 452). Die Wirkung dieser Taktik bestehe

1 Selbiges äußert sie auch über die Gewerkschaften, die einen „regelrechten gewerkschaftlichen Beamtenstand“ als ein „vollkommen erklärliches und natürliches geschichtliches Produkt“ mit sich bringen, „[...] ein Produkt der wirtschaftlichen Prosperität und der politischen Windstille in Deutschland“ (Luxemburg 1906: 163). Diese Tendenzen könnten der gewerkschaftlichen Bewegung zum Verhängnis werden, da sie beginnen, die Masse als unfähig zu betrachten und zur Sicherung ihrer Stellung den Marxismus aufzugeben (vgl. ebd.: 163-166).

in der zunehmenden „*Enttäuschung der französischen Arbeiter selbst in bezug auf den Parlamentarismus*“ (ebd.: 453; Hervorh. im Original) mit dem Resultat, dass ein guter Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen vom Parlament und von der Politik nichts mehr wissen wolle (vgl. ebd.). Der hier deutlich werdende Widerspruch in der sozialdemokratischen Praxis zwischen Reformarbeit, den Kämpfen um die alltäglichen Verbesserungen und revolutionärem Endziel, die Luxemburg in der Praxis verbinden will, bleibt notwendig ein Moment der revolutionären Politik. In der Praxis nimmt er die Form eines Widerspruchs zwischen parlamentarischer Reformarbeit, gewerkschaftlicher Betätigung und Massenkampf an. Jede einseitige Schwerpunktsetzung aber würde entweder den Umfall in die bürgerliche Reformbewegung oder den Rückfall in die Sekte bedeuten (vgl. Luxemburg 1903/04: 442).

Luxemburg identifiziert in diesem Zusammenhang Demokratie keineswegs vollends mit dem Parlamentarismus. Im Gegenteil: Sie stellt heraus, dass Demokratie in verschiedenen Gesellschaftsformationen in unterschiedlichen politischen Formen zu finden ist (vgl. Luxemburg 1899: 422f.). Der Parlamentarismus ist für sie lediglich eine bestimmte historische Form der bürgerlichen Klassenherrschaft (vgl. Luxemburg 1904: 449). Einen ununterbrochenen Aufstieg der parlamentarischen Demokratie hin zum Sozialismus, wie ihn Bernstein behauptet, vermag sie nicht zu sehen, sie sieht jene eher im Niedergang begriffen (vgl. ebd.). Die parlamentarische Demokratie sollte jedoch in Hinblick auf eine Umwälzung der Gesellschaftsform genutzt, deren Engen überspült werden und zunehmend der sozialistischen Demokratie Platz machen (vgl. Luxemburg 1918: 363). Die Vorstellung, dass die Arbeiterbewegung eine neue Form der Demokratie zu verwirklichen hat, prägt auch ihre Vorstellung der proletarischen Organisation. So ist ein weiteres wesentliches Merkmal der Sozialdemokratie ihr Massencharakter, der in der ständigen Massenaktivität und Einflussnahme auf die institutionalisierten Formen der Bewegung besteht. Der „schwerfällige Mechanismus der demokratischen Institution“ findet sein „kräftiges Korrektiv“ in der lebendigen Bewegung und dem Druck der Basis, „trotz starrer Parteischilder, veralteter Wahllisten etc.“ (Luxemburg 1918: 355). Luxemburg hat stets die traditionellen Lohnabhängigen in ihrer Breite, mit ihrer umliegenden Peripherie im Blick (Luxemburg 1906: 143ff.). Auf deren Entwicklung und Aktivität komme es an. Wie schon oben bemerkt, können die Leitungen der Gewerkschaften wie der Partei dabei stets hemmenden Charakter haben (vgl. Luxemburg 1904/05: 478). Der Parlamentarismus bleibt bei dieser Angelegenheit ein durchaus zweischneidiges Schwert, da er die Aktivität der Masse seiner Form nach ausschließt (vgl. Luxemburg 1906: 144f.). Aufgabe der Sozialdemokratie ist es – nach Luxemburg – dagegen stets, die revolutionäre Initiative in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu befruchten, sie zu fördern und zu potenzieren, anstatt

sie einzuengen und zu reglementieren (vgl. Luxemburg 1903/04: 431-434). So kennzeichnet sie die sozialdemokratische Bewegung als die „erste in der Geschichte der Klassengesellschaften, die in allen ihren Momenten, im ganzen Verlauf auf die Organisation und die selbständige direkte Aktion der Masse berechnet ist“ (ebd.: 427), ihre Organisationen könnten sich gar nicht anders erhalten als im breiten selbständigen Kampf (vgl. Luxemburg 1906: 142).

Wie die Spontaneität bei Luxemburg wesentliches Element der Sozialdemokratie ist, so unterscheidet sich auch die Art der Organisation, die Luxemburg als angemessen ansieht, stark von dem Kontrollwahn der deutschen Sozialdemokratie, die stets alle Zügel in der Hand behalten will (vgl. Luxemburg 1906: 141-146). Genauso wenig kann sie sich an einem leninistischen „Ultrazentralismus“ orientieren, der sich auf eine straffe autoritäre Disziplin stützt und in dem „das Zentralkomitee als der eigentlich aktive Kern der Partei“ erscheint (Luxemburg 1903/04: 425f.). Lenin hatte auch deshalb eine andere Vorstellung von Parteiorganisation als Luxemburg, weil er sie unter den Bedingungen des russischen Zarismus, also Bedingungen der Konspiration, dachte. So kommt er auch zu dem Schluss, dass „eine möglichst kleine Anzahl möglichst gleichartiger Gruppen erfahrener und erprobter Berufsrevolutionäre“ die Bewegung leiten müsse (Lenin 1902a: 240). Luxemburg kritisiert Lenins scharfe Absonderung einer leitenden Avantgarde von der sozialdemokratischen Bewegung, die straffe Disziplin und die Einmischung der Avantgarde in alle Lebensäußerungen und Lokalorganisationen der Partei (vgl. Luxemburg 1903/04: 425). Dem alles leitenden Komitee stehen in dieser Vorstellung die von Luxemburg so geschätzten Initiativen und Aktivitäten der Massen lediglich als „Räder und Rädchen der Parteimaschine“ gegenüber (Lenin 1902a: 241). Die eigentliche Macht der Sozialdemokratie beruht dagegen bei Luxemburg nicht auf der Wirkung der Abgeordneten im Parlament oder der abgesonderten Avantgarde, vielmehr liegt sie draußen, im Volke selbst, auf der Straße (vgl. Luxemburg 1904: 454). Dieser Ansatz, der der Aktivität der ‚ganz normalen Arbeiter und Arbeiterinnen‘ Priorität einräumt und diese somit zum eigentlichen Subjekt sozialdemokratischer Politik macht, hat weitreichende Implikationen für Luxemburgs Vorstellung einer revolutionären Organisation. Diese drücken sich in Luxemburgs Konzept des Selbstzentralismus aus. Da die Sozialdemokratie nicht die mit dem Proletariat verbundene Parteileitung, sondern „*die eigene Bewegung* der Arbeiterklasse“ ist (vgl. Luxemburg 1903/04: 429; Hervorh. im Original), muss die Tendenz zur Zentralisierung aus der Klasse selbst hervorgehen. Zentralismus und eine einheitliche Bewegung bleiben durchaus Ziele dieses Ansatzes. Diese werden jedoch über die bewussten Teile des Proletariats, erreicht, deren Rolle Luxemburg immer wieder betont (vgl. Luxemburg 1906: 104). Einheit und Zentralisierung ergeben sich aus dem Zusammenspiel der Praxis vor Ort und der sozialdemokratischen Aufklärung, die sich die ArbeiterInnen aneignen. Aus letz-

teren besteht in Luxemburgs Denken im Wesentlichen die sozialdemokratische Bewegung. Deren Bewusstseinsentwicklung vollzieht sich nicht im Rahmen einer edukationistischen Strategie der Avantgarde. Die Massen bilden sich vielmehr im Prozess der Kämpfe und Auseinandersetzungen heraus. Ein Prozess, in dem die Sozialdemokratie gerade deshalb die Führung übernehmen kann, weil dieser 'bewussteste Teil' politisch führend wird und dem Kampf eine Richtung gibt (vgl. Luxemburg 1906: 133f.). So bildet sich der Selbstzentrismus als Tendenz „mit der Aufklärung und der politischen Schulung der Arbeitermasse im Prozess ihres Kampfes“ heraus (Luxemburg 1903/04: 431). Zum Ende ihres Lebens wendet sie sich gegen die alte edukationistische Tradition in der Arbeiterbewegung, die streng nach Kautskyschem Vorbild die Arbeiter und Arbeiterinnen rein geistig schulen wollte, und der Sozialdemokratie die Rolle zuwies, schöne Vorträge zu halten und Broschüren zu produzieren. Luxemburg überspannt den Bogen aber wohl doch, wenn sie schließlich die Tat als einzige Schule des Proletariats darstellt (vgl. Luxemburg 1918/19: 512).

Disziplin kann in diesem Kontext nicht mehr wie bei Lenin ein einfacher Gehorsam sein, den ArbeiterInnen sowieso schon in den Fabriken lernen, sondern muss vielmehr auf „freiwilliger Unterordnung“ beruhen (vgl. Luxemburg 1914: 15-17). Das politische Handeln muss aus Überzeugung und nicht aus Autoritätshörigkeit geschehen, was nur dem Bürokratismus Vorschub leisten würde. Es sei die Lebensfrage der Sozialdemokratie, dass politischer Gedanke und Wille der Masse „stets wach und tätig bleiben“ (Luxemburg 1911: 39). Folglich bedeute sozialdemokratische Disziplin, „daß alle Zentralorgane der Partei den Willen der achthunderttausend organisierten Sozialdemokraten auszuführen haben“ (ebd.). Die Luxemburgsche Konzeption zielt auf Initiative, Überzeugung und Bewusstsein der Massen. Damit ist klar, dass Einheitlichkeit und Zentralismus der Bewegung nicht von außen autoritär erzwungen werden können, sondern eine gemeinsame Entwicklung in der Einheit von Basis und Führung durch die bewusstesten Teile der ArbeiterInnen selbst ist. Diese Willenszusammenfassung kann eigentlich nur durch den selbst herbeigeführten Zusammenschluss von Teilen der Arbeiterschaft von statten gehen. Denn erst ein solcher kann im Unterschied zur rein formalen zentralistischen Struktur einen Selbstzentrismus von unten herbeiführen, der Voraussetzung für die sozialistische Demokratie bleibt. Die Bedingungen dafür sind jedoch das Vorhandensein eines beträchtlichen Teils von aktiven, klassenbewussten ProletarierInnen und die Möglichkeit der Organisierung, das heißt das Vorhandensein politischer Freiheiten. Unter diesen Bedingungen kann die sozialdemokratische Bewegung den angestrebten Weg gehen: Von zunehmender Organisierung und Klassenbewusstsein zu einer revolutionären Phase der Massenstreiks, zu einer Umwälzung der Gesellschaft, bis hin zu einem sozialistischen Staat, der eben nicht der auf den Kopf gestellte

kapitalistische Staat in den Händen der Arbeiterklasse ist, sondern der durch die pulsierende Aktivität der Massen und deren Durchdringung desselben einen neuen Charakter annimmt (vgl. Luxemburg 1918: 359f.). Sozialismus muss aus der Schule der massenhaften Erfahrung entstehen, an ihm muss die ganze Volksmasse teilnehmen, denn er kann nicht „[...] vom grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, oktroyiert [...]“ werden (ebd.).

2. Intellektuelle, politische Partei und gesellschaftlicher Block bei Antonio Gramsci

Zwischen Luxemburg und Gramsci liegt das Scheitern der Linken, das sich im Aufkommen einerseits des Faschismus und andererseits des Stalinismus widerspiegelt. Weder die oftmals objektivistischen und deterministischen philosophischen Ansichten Luxemburgs über geschichtliche Gesetze, die letztlich die historische Notwendigkeit des Sozialismus belegen sollten, noch ihre praktischen Hoffnungen auf die Eigeninitiative der Massen wurden bestätigt. Ihre organisationstheoretischen Überlegungen sind damit jedoch nicht als überholt zu betrachten. Recht behalten hatte sie jedoch mit ihrer Forderung nach Demokratie gegenüber den Bolschewiki und mit ihrer Kritik an der parlamentsfixierten Praxis der Sozialdemokratie. Die Frage, wie es zu diesem Scheitern der Linken und zu ihrer Spaltung kam, beschäftigte Gramsci in seinen Gefängnisheften und führte ihn weg vom ökonomistischen und deterministischen Denken der verschiedenen offiziellen Marxismen hin zu einer *Philosophie der Praxis*. Gramsci las ihm zugängliche Texte von Luxemburg und entwickelte sein Denken auch auf Basis und in Abgrenzung zu ihren Beschreibungen der sozialdemokratischen Praxis. Für ihn stellte sich die Frage, wie die Menschen überhaupt beginnen, sich als eigenständiges politisches Subjekt zu begreifen. Seit in Europa im 19. Jahrhundert die modernen Staaten entstanden, verläuft gesellschaftliches Denken, Macht und Herrschaft durch die Vermittlung der Zivilgesellschaft. Herrschaft ist nicht mehr nur Zwang, sondern versucht auf dem Feld der Zivilgesellschaft einen gesellschaftlichen Konsens, aktive Zustimmung zur Herrschaft, das heißt eine Hegemonie auszubilden (vgl. Gramsci: H 6, § 88: 783²). Auf diesem ‘Terrain der Superstrukturen’ (H 4, § 15: 475) bildet sich das Bewusstsein der Menschen heraus. Die privaten Institutionen wie Presse, Parteien, Verbände, Vereine, Clubs etc., die dieses Terrain konstituieren, gehören für Gramsci sämtlich zum Staat

2 Im folgenden werden Gramscis *Gefängnishefte* 1929 – 1935 stets in der Form Hefennummer, Paragraph: Seitenzahl nach der von Klaus Bochmann et al. im Argumentverlag herausgegebenen kritische Gesamtausgabe der Gefängnishefte zitiert.

im erweiterten Sinne, da sie seine Herrschaft organisieren. Auf diesem Terrain müssen demnach die subalterne Klassen ihren Stellungskrieg beginnen. Das heißt, es wird notwendig, eine eigene Identität als unabhängiges und handelndes Subjekt herauszubilden. Diese Kämpfe innerhalb der Zivilgesellschaft betont Gramsci. Ein Luxemburg zugeschriebener Ansatz der 'reinen Spontaneität', der Interesse und Klassenbewusstsein direkt aus der ökonomischen Position entspringen lässt, erscheint ihm als mechanistisch, da er organisatorische, intellektuelle und kulturelle Aspekte nicht beachtet (vgl. H 13, § 24: 1587f.)³. Klassenbewusstsein entspringt Gramsci zufolge nicht unvermittelt aus ökonomischen und politischen Kämpfen. Vielmehr konstituieren diese erst mittels der Instanzen einer Organisation, einer spezifischen Kultur und bestimmter Intellektueller eine sozialdemokratische Bewegung.

Während die herrschende Klasse in der Zivilgesellschaft noch die Führung inne hat, beginnt der Widerstand der subalternen Klassen. Luxemburg sieht den Anfang dieses Prozesses im einschneidenden Ereignis einer ökonomischen Krise, dagegen betont Gramsci, dass kollektiver Widerstand die Entwicklung der beherrschten Klassen aus einer rein ökonomischen Kategorie zu einem politischen Subjekt voraussetzt. Das bedeutet, dass sich die subalternen Teile der Bevölkerung nicht mehr vereinzelt irgendwie unterdrückt fühlen, sondern sich als bewussten geschichtlichen Block begreifen (vgl. H 11, § 67: 1490). Dafür ist ein langer und durchgreifender Prozess nötig, in dem sich der Alltagsverstand der Menschen und die Formationen der Zivilgesellschaft, das heißt die ganze ideologische Struktur der Gesellschaft geändert hat. Ein Prozess, der in Brüchen verläuft und in dem zunächst jede autonome Initiative der Subalternen von elementarer Bedeutung ist (H3, § 14: 344). Mit diesen Initiativen entsteht ein 'Geist der Abspaltung' (H 3, § 49: 374), der die subalternen Klassen langsam ihre eigene geschichtliche Persönlichkeit erahnen lässt. In diesem Prozess der beginnenden Aktivität wird den Beteiligten klar, dass nichts von dem, was ist, natürlich ist (vgl. H 15, § 6: 1721). Eine neue kollektive Identität bildet sich heraus. Die Entwicklung eines eigenständigen Kollektivwillens, einer eigenen Kultur und einer eigenen Philosophie kann nach Gramsci jedoch nur entstehen, wenn sich auch eine eigene Schicht der Intellektuellen mit ihr entwickelt. Eine Masse wird sich erst dessen bewusst, dass sie eine eigenständige Masse bildet, wenn sie ihren unterscheidbaren Charakter durch die Intellektuellen in einer eigenen Organisation und Weltauffassung reflektiert. Gramsci denkt dabei den Begriff der Intellektuellen sehr weit. So ist für

3 Luxemburg selbst betont immer wieder kollektive Lernprozesse und wendet sich gegen einen 'anarchistischen' Voluntarismus (vgl. Luxemburg 1906: 97). Die notwendigen Lernprozesse finden für sie jedoch, neben der sozialdemokratischen Propaganda, vor allem im politischen Kampf selbst statt (vgl. ebd.:113).

ihn im Prinzip jeder Mensch ein Intellektueller, doch nicht jeder und jede hat die gesellschaftliche Funktion eines oder einer Intellektuellen (vgl. H 12, § 1: 1500). Diese hat nur, wer organisierend und an der Hervorbringung einer Weltanschauung aktiv mitwirkt (vgl. H 12, § 2: 1531f.). Der Begriff der Intellektuellen meint nicht mehr allein eine bestimmte rein geistige Arbeit, sondern drückt gleichzeitig die verschiedensten Tätigkeiten der unterschiedlichen Bereiche und Ebenen aus, die erst dazu führen, dass eine Weltanschauung sich in einer gesellschaftlichen Gruppe verbreitet und durchsetzt. Für Gramsci ist der 'kollektive Organismus', in dem die Masse ihre Intellektuellen herausbildet, in organischem Verhältnis mit ihnen steht und sich ihrer eigenen kollektiven Identität bewusst wird, die politische Partei (vgl. H 11, § 25: 1424). In dieser werden die populären Gefühle durch Beteiligung und Erfahrung aus zufälligem zu kritischem und bewusstem Denken (vgl. ebd.). Eine elementare Rolle kommt dabei den Intellektuellen zu.

Das Bewusstsein der breiten Bevölkerungsschichten besteht für Gramsci zunächst in einem zufällig zusammengesetzten, widersprüchlichen Alltagsverstand (vgl. H 11, § 12: 1375f.). Die Menschen sind, ob sie wollen oder nicht, stets Konformisten unzähliger verschiedener Konformismen (vgl. ebd.). Einer sozialistischen gegenhegemonialen Praxis muss es nun darum gehen, in der Zivilgesellschaft dafür zu kämpfen, dass die Menschen beginnen, sich ihrer gesellschaftlichen Position und sich selbst als Produkt der Geschichte bewusst zu werden, kritisch „die eigene Tätigkeitsphäre zu wählen, an der Hervorbringung der Weltgeschichte aktiv teilzunehmen, Führer seiner selbst zu sein und sich nicht einfach passiv und hinterrücks der eigenen Persönlichkeit von außen den Stempel aufdrücken lassen“ (ebd.). An diesem Ziel organisatorisch und geistig zu arbeiten, ist für Gramsci die Funktion der sozialistischen Intellektuellen. Dabei muss sich das Bewusstsein der Menschen von ihren rein ökonomischen Interessen zu einem ethisch-politischen Bewusstsein hervorarbeiten, ein Übergang vom 'Objektiven zum Subjektiven' von der Struktur zur Superstruktur stattfinden (vgl. H 10.II, § 6: 1259). Die Partei – als Ort der Bildung der Intellektuellen aus der Masse heraus – ist dabei gegliedert in drei verschiedene Elemente (H 14, § 70: 1696): Erstens besteht sie aus einer Masse 'durchschnittlicher und gewöhnlicher Menschen', die an sich weder organisiert, diszipliniert, noch zentralisiert sind (vgl. ebd.). Sie konstituieren sich als Masse erst im Zusammenhang mit dem zweiten Element, der Parteiführung, die das 'hauptsächliche Kohäsivelement' darstellt. Die Verknüpfung dieser beiden Ebenen wird durch ein drittes Element gewährleistet, das die breite Masse in geistigen und moralischen Kontakt mit der Führung bringt (vgl. ebd.). Dieser mittleren Ebene kommt laut Caponi de Hernandez bei Gramsci eine entscheidende Bedeutung zu, da sie aus Intellektuellen besteht, die sich ständig in und aus der Basis entwickeln und ein Auseinanderfallen von Führenden und Geführten verhindern (vgl. Caponi de Hernandez 1989: 108).

Erst durch diese Einheit ist die Hebung des intellektuellen Niveaus der Massen und die Anbindung der Intellektuellen an diese möglich. Diese Beschreibung der hierarchisch aufgebauten Partei ist für Gramsci nicht Zielpunkt der emanzipatorischen Bewegung. Dieser geht es vielmehr darum, Bedingungen zu schaffen, unter denen die Notwendigkeit der Teilung in Führende und Geführte verschwindet (H 15, § 4: 1714). Im Zusammenhang mit der so strukturierten Partei soll sich aus dem widersprüchlichen Alltagsverstand der Massen, ihrem Gefühl beherrscht zu werden und ihren vereinzelt kämpfenden mit zufälliger Führung ein gegenhegemonialer Block konstituieren. Dafür ist jedoch – wie schon angemerkt – eine Schicht von Intellektuellen nötig, die die ‘Philosophie der Praxis’ ausarbeitet und sie als autonome Weltauffassung mit dem ‘gesunden Menschenverstand’⁴ der Massen in Kontakt bringt. Dabei darf die Kritik des Alltagsverstandes nicht von außen an diesen treten, sondern muss ihn als Gewordenen erneuern und kritisch machen (H 11, § 12: 1382). Diese Beziehung von Führenden und Geführten ist ein wechselseitiges Verhältnis, in dem „jeder Lehrer immer auch Schüler und jeder Schüler Lehrer ist“ (H 10.II, § 44: 1335). Die subalterne Theorie muss dazu beitragen, dass sich der Alltagsverstand der Beherrschten zu einer kohärenten Weltauffassung und zu einem Verständnis der eigenen Rolle in der Gesellschaft wie der eigenen Zugehörigkeit zu einem politischen Subjekt entwickelt. Ziel ist, dazu beizutragen, dass die Menschen aus ihrer Passivität heraustreten (H 11, § 25: 1424) und ein massenhafter intellektueller Fortschritt möglich wird (H 11, § 12: 1384). Aus der Philosophie wird so Leben, sie wird in der Praxis der Menschen zur Wahrheit, wie sie zu Handlungen und einer intellektuellen wie moralischen Ordnung wird (H 11, § 12: 1381). So vereinigt sich Theorie und Praxis durch die Arbeit in den Superstrukturen, die ökonomische, kulturelle und politische Kämpfe zu einer gesellschaftlichen Partei, zu einem ‘kulturellen und gesellschaftlichen Block’ macht (vgl. ebd.).

Die sozialistische Partei ist dabei nie vollendet. Ihr Ziel bleibt es, sich selbst mit der Aufhebung der Klassen zu überwinden, insofern wäre sie vollendet, wenn sie überflüssig würde (vgl. H 14, § 70: 1695). Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt sie in ständiger Veränderung und Entwicklung begriffen (vgl. ebd.). Aufgrund des bürokratischen Apparates, den sie aufbaut, droht sie jedoch ständig „[...] zu verknochern und anachronistisch zu werden“ (H 13, § 23: 1579). Ähnlich wie

4 ‘Gesunder Menschenverstand’ (auf italienisch ‘buon senso’) meint bei Gramsci nicht ein allgemein verbreitetes Wissen oder ein allgemein verbreiteten Erfahrungsschatz. Vielmehr geht Gramsci davon aus, dass menschliches Denken immer auch ein Element des rationalen enthält, an dem Philosophie anknüpfen und sich gegen den diffusen Alltagsverstand stellen muss (vgl. H11 § 12: 1377). Im ‘gesunden Menschenverstand’ wird Philosophie erst Wirklichkeit, da er diese zu einer Weltauffassung und einer Kultur macht (H 11 § 59: 1472f).

Luxemburg sieht Gramsci eine wesentliche Ursache für diese Bürokratisierung und Verknöcherung der Partei in mangelnder Initiative und Verantwortung der Parteibasis (H 13, § 36: 1606). Anstelle eines solchen bürokratischen Zentralismus betont Gramsci die Notwendigkeit eines demokratischen Zentralismus. Dieser alleine gibt der Partei einen organischen Zusammenhang in Entwicklung, da er einen 'Zentralismus in Bewegung', „[...] das heißt eine ständige Anpassung der Organisation an die wirkliche Bewegung, eine Abstimmung der Anstöße von unten mit dem Kommando von oben [...]“ darstellt (ebd.). In diesem Zusammenhang fasst Gramsci den Begriff der Disziplin als ein „[...] dauerhaftes Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten[...]“ (H 14, § 48: 1671), nicht als ein „[...] hündisches Empfangen von Anordnungen, als mechanische Ausführung einer Anweisung [...], sondern als bewußte und klare Übernahme der zu verwirklichenden Leitlinie“ (ebd.). Auch hier betont Gramsci die wesentliche Bedeutung der Organizität, das heißt die enge Verbindung von Partei und Klasse. Deren Trennung bzw. ein Zerfallen von Führenden und Geführten in verschiedene Teile, die nicht mehr organisch verbunden sind durch direkt aus der Masse entspringende Führung, den Intellektuellen der Klasse, wäre der Abschied einer sozialistischen Partei von einem gegenhegemonialen Block.

3. Aktualität und kritischer Bezug auf Gramsci und Luxemburg

Die sozialdemokratische Praxis stand immer wieder vor dem Problem der Bestimmung des Verhältnisses der Parteiführung zu den Massen. Lenin löste die Frage in Anlehnung an Kautsky mit der Formel, dass dem Proletariat das revolutionäre Bewusstsein durch eine in der Partei organisierte Avantgarde von außen gebracht werden müsse (vgl. Lenin 1902b: 395f.). Diese Trennung von Führung und Masse lehnen sowohl Luxemburg als auch Gramsci ab. Beide ermöglichen es dagegen, diese Frage nach der Führung, des Zusammenhangs von Politik und Pädagogik auf eine andere Art zu lösen⁵. Das Proletariat wird dabei nicht von außen zum politischen Akteur gemacht. Vielmehr führt die Vermischung von politischen und ökonomischen Kämpfen des Proletariats – für Luxemburg – zu Bewusstseinsveränderungen, die nicht auf der Ebene eines gewerkschaftlichen Denkens verharren müssen. Vorstellungen künftiger, besserer gesellschaftlicher Verhältnisse, eine Vorstellung von Sozialismus, entspringt für sie vielmehr der politischen Tat, die gleichzeitig ein Prozess der Überzeugung vom sozialistischen Projekt ist. Die Trennung einer aufgeklärten Avantgarde von einer unwissenden

5 Vgl. zur Frage des Verhältnisses von Politik und Pädagogik den Beitrag zu Edukationismus im Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus (Birkmann/Winkler 1997)

Masse löst sich damit auf. Ähnliches gilt für Gramsci, der das Ringen um Hegemonie als ein wechselseitiges pädagogisches Verhältnis im Prozess des Kampfes um den Alltagsverstand denkt. Es geht für ihn darum, am Alltagsverstand der Menschen zu arbeiten, jedoch so, dass sie ihre Lebensweise selbst mit dem sozialistischen Denken verbinden, das heißt der Alltagsverstand nicht von außen kritisiert wird, sondern von innen her durch eigene Einsicht sich kritisch macht. Theorie verbindet sich so mit den Menschen, die als selbstbewusste Subjekte aufgefasst werden. Ein solcher Ansatz macht es möglich, eine edukationistische Politik zugunsten einer emanzipatorischen zu überwinden. In diesem Zusammenhang kann nicht nur das Auseinanderfallen von Theorie und Praxis sowie die Trennung von Masse und Führung aufgehoben werden, sondern auch der Widerspruch von Reform und Revolution eine Form finden, in der sich beide nicht mehr ausschließen. Luxemburg schafft eine Verbindung zwischen Aktion auf der Straße, im Parlament und der Pressearbeit (vgl. Haug, F. 2007: 147). Die Arbeit an einer Gegenhegemonie, Theorie und Praxis werden hier mit dem sozialistischen Ziel verbunden. Auch für Gramsci ist eine solche Verbindung kennzeichnend. Sein Konzept des Stellungskrieges erweitert in diesem Zusammenhang Luxemburgs Denken. So heißt es bei Frigga Haug, man erkenne nach dem Studium Gramscis „rückwirkend auch entscheidende Lücken in Luxemburgs Analysen und Politik. Was sie in ihre Arbeit für die Massen und mit dem ‘Volk’ nicht einbezieht und also dessen Kraft verkennt, ist, was Gramsci das Kulturelle nennt und für dessen Begreifen und für die Orientierung der Kämpfe er den Begriff der ‘Zivilgesellschaft’ umbaute“ (Haug, F. 2007: 171). Für ihn durchziehen die Kämpfe um Hegemonie das Kleine, setzen am Konkreten an und sind doch stets Bemühungen im Kleinen den Kontext der großen Politik aufzuzeigen (vgl. H 13 § 5: 1542f.). Ein gegenhegemonialer Block umfasst ja gerade diese verschiedenen Momente von kulturellen Verschiebungen, Kämpfen und Brüchen, „molekularen Veränderungen, die in Wirklichkeit die vorhergehende Zusammensetzung der Kräfte zunehmend verändern [...]“ (H 15 § 11: 1727) und damit das Ganze betreffen. Die Stärke besteht hier also auch darin, die konkreten Kämpfe mit dem sozialistischen Ziel in Verbindung zu bringen. Die Verbindung von Reform und Revolution hängt aber mit einer Einheit zwischen Massen, ihren Kämpfen, der Fraktion im Parlament, den kulturellen Milieus, gewerkschaftlicher Arbeit etc. zusammen. Nur so kann das Einzelne Teil eines gegenhegemonialen Blocks sein, nur so kann die einzelne Reform Teil eines revolutionären Prozesses werden. Das uns heute als relativ fern erscheinende Ziel einer solchen Einheit der verschiedenen Elemente als Momente eines gegenhegemonialen Blocks hat es heute eben auch mit veränderten Bedingungen und neuen Schwierigkeiten zu tun.

Staat und stummer Zwang im postfordistischen Kapitalismus

Konfrontieren wir den an Luxemburg und Gramsci anschließenden Vorschlag einer linken Politik mit den heutigen Bedingungen, so ist klar, dass wir einige Punkte auf eine andere Art diskutieren und neue Aspekte ins Licht rücken müssen. Einen solchen Aspekt bildet vor allem die Auffassung des Staates. Luxemburg dachte diesen als einen an sich neutralen Akteur, der sich mit zunehmender Entwicklung entgegen dem gesellschaftlichen Fortschritt auf die Seite der herrschenden Klasseninteressen stellt (vgl. Luxemburg 1899: 398). Historisch ist dieses Denken verständlich, bestand doch eine ständige Bedrohung des allgemeinen Wahlrechts bzw. Versuche einer Wiedereinführung des Ständewahlrechts und bildete der damalige aus dem 19. Jahrhundert überkommene Staat einen offensichtlich exklusiven Klassenstaat. Allerdings führt dies dazu, dass Luxemburg den Zusammenhang von Staat und Kapital nur als äußerlichen dachte (vgl. Wallat 2012: 74f.). Auf dem Gründungsparteitag der KPD 1918/19 betonte sie zwar die entscheidende Bedeutung von Arbeiter- und Soldatenräten und verdeutlichte, dass es für die sozialistische Revolution nicht ausreichend ist, „[...] die kapitalistische Regierung zu stürzen und durch eine andere zu ersetzen“ (Luxemburg 1918/19: 509 – 511). Andererseits forderte sie aber stets, dass die Macht erobert werden müsse, „indem wir uns hineinpressen in den bürgerlichen Staat [...]“ (ebd.). Für Gramsci ist Staat dagegen kein neutrales Instrument. Er sieht ihn vielmehr als die zum Staat gewordene herrschende Klasse, die in diesem ihre Herrschaft organisiert. Doch bleibt bei ihm der Aspekt der struktureller Einbindung von Staat und Parteien in systemische und internationale Zusammenhänge ausgeblendet. Auch fasst er den Begriff der Partei und des Staates äußerst weit. Die spezifischen Schwierigkeiten, die mit der Parteiform im parlamentarischen Betrieb einhergehen, können dadurch nicht erfasst werden, denn für Gramsci sind auch Zeitschriften und Zeitungen ‘Parteien’ oder ‘Parteifraktionen’ (H17 § 37: 1882). Den Begriff des Staates, der für ihn der gesamte „[...] Komplex praktischer und theoretischer Aktivitäten ist, womit die führende Klasse ihre Herrschaft nicht nur rechtfertigt, sondern es ihr auch gelingt, den aktiven Konsens zu erlangen [...]“ (H15 § 10: 1725f.), dehnt er ebenso aus. Damit werden Partei, Staat und Herrschaft bei Gramsci selbst ahistorische Begriffe, deren Unschärfe den Weg erschwert, den eine Bewegung vor sich hat, die sich zum Ziel setzt Herrschaft abzuschaffen und „[...] das Ende des Staates und des Rechts konzipiert [...]“ (H8 § 2: 943). Gefahren, die sich für linke Politik aus der Parteiförmigkeit ergeben oder generell daraus, dass sie Politik in Bezug auf den Staat machen muss, dürfen jedoch gerade heute nicht vernachlässigt werden.

Den postfordistischen Kapitalismus kennzeichnet eine Internationalisierung sowohl des Staates als auch der Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen Gruppen. Die Europäische Union ist ein Beispiel dafür, wie über den internati-

onalen Kontext neoliberale Politik festgeschrieben und damit nationale Kräfteverhältnisse verschoben werden (vgl. Fisahn 2008: 369 – 373)⁶. Aber es sind nicht nur Konstitutionalisierungsprozesse, sondern auch eine damit zusammenhängende ökonomische Logik des Wettbewerbsdrucks und der Standortkonkurrenz, die Widerstand auf nationaler oder lokaler Ebene erschwert. In diesem Zusammenhang hat sich die Ökonomie rund um die Welt hin zu einem neuen Akkumulationsregime mit schnellerer Kapitalzirkulation, neuer internationaler Arbeitsteilung etc. entwickelt (vgl. Brand 2007: 171f.). Nationalstaaten werden so zu ‘internationalisierten Wettbewerbsstaaten’, die zunehmend vom internationalen Kapital und den Finanzmärkten abhängig werden (vgl. Hirsch 2005: 145-151). Neben der Standortkonkurrenz bestimmen diese Akteure durch die „ökonomischen Mechanismen in einer quasi entpolitisierten Weise und relativ unabhängig von formalisierten politischen Institutionen und Entscheidungsprozessen grundsätzliche Inhalte der Politik“ (vgl. ebd.: 145). Die Ökonomisierung der Politik der Staaten spitzt sich so unter postfordistischen Bedingungen nochmal zu. Diese Aspekte verstärken zusätzlich, was für eine Linke sowieso schon gilt: dass eine Eroberung der Staatsgewalt alleine, im Sinne einer Regierungsübernahme, der Linken keine grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft ermöglicht. Luxemburg verteidigte dagegen Zeit ihres Lebens die Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs, der alleine eine sozialistische Gesellschaft hervorbringen könne. Die Zeit der Brüche ist für sie eine revolutionäre Phase der Massenkämpfe, die durch die Aktivität der Bevölkerung gekennzeichnet, auf der die sozialistische Demokratie beruht (Luxemburg 1918: 363, f.). Die Vereinigung von ökonomischem und politischem Kampf ist ein Merkmal dieser Phase, die die engen Grenzen von Parlamentarismus und Gewerkschafterei überwindet. Auch für Gramsci war klar, dass die Machteroberung einer gesellschaftlichen Gruppe nicht in der „[...] Rotation der führenden Parteien an der Regierung [...]“, sondern in der „[...] Gründung und Organisation einer neuen politischen Gesellschaft [...]“ und eines „[...] neuen Typs von Zivilgesellschaft“ besteht (H13 §18: 1566). Die sozialistische Bewegung ist somit auch für Gramsci ein zusammenhängender Block der sich gegen die herrschende Klasse durchsetzen muss. Nicht durch Kompromisse mit dieser kann der Kapitalismus überwunden werden, denn diese Kompromisse werden nie das Wesentliche betreffen (vgl. ebd.: 1567). Vielmehr müssen diese Kompromisse, Reformen und Kämpfe im Sinne einer ‘revolutionären Realpolitik’ (Luxemburg 1903: 373) einen gegenhegemonialen Block entstehen lassen, eine eigene Identität durchsetzen, die sich unabhängig und als antagonistische gesellschaftliche Kraft denkt. Diese Perspektive, die so auf einen revolutionären

6 Das gilt gerade in der aktuellen Krise. vgl. hierzu den Beitrag von Alex Demirović und Thomas Sablowski in PROKLA 166 (vgl. Demirović/Sablowski 2012).

Bruch zielt, bedeutet aber unter den oben dargestellten veränderten Bedingungen des Kapitalismus einen Bruch mit den die Politik beschränkenden ökonomischen wie internationalen Zwängen. Dass Gramscis Begrifflichkeiten sich wesentlich auf den Rahmen des Nationalstaates beziehen (vgl. Demirović 2007: 39), darf dabei nicht dazu verleiten, einen gegenhegemonialen Block nur auf der nationalstaatlichen Ebene zu verorten. Das bedeutet, dass sich die Akteure heute mehr denn je im internationalen Kontext konstituieren müssen.

Die Sachzwanglogik, der stumme Zwang, die zunehmend beschränkten Handlungsmöglichkeiten machen vor der Linken nicht halt. Für die verschiedensten Ebenen und Akteure, beispielsweise für diejenigen Teile linker Parteien, die innerhalb des institutionellen Geflechts des Staates arbeiten, bedeutet dies einen erheblichen Anpassungsdruck. Genauso betrifft dies auch die Gewerkschaften, die Schwierigkeiten haben, angesichts der Drohung der Standortverlagerung überhaupt in Auseinandersetzungen zu treten und nicht an Stelle dessen Lohnverzicht zu üben. Einerseits drohen Teile der Linken so auf verschiedenen Ebenen in die Exekution der Sachzwänge integriert und Kämpfe unterbunden zu werden. Andererseits stellt sich die Frage, wie die Aufhebung des Widerspruchs zwischen Reform und Revolution im Sinne Luxemburgs vor diesem Hintergrund überhaupt noch möglich ist. Erstens weil unter den neoliberalen Bedingungen zunehmend kompromisslos auf den 'stummen Zwang' ökonomischer Verhältnisse und Gewalt gegenüber den Subalternen statt auf Kompromisse gesetzt wird (vgl. Demirović 2007: 38). Damit wird der Kampf für konkrete Verbesserungen stark eingeschränkt. Zweitens, weil die Linke insbesondere im Kontext der aktuellen Krise in Europa die propagierte Alternativlosigkeit weder zugunsten eines keynesianischen Reformprogramms – einer Wachstumspolitik mit konkreten Reformen und Umverteilung, aber ohne sozialistisches Ziel – noch zugunsten eines Antikapitalismus ohne Bezug zu konkreten Auseinandersetzungen und Reformen überwinden kann. Eine Situation, in der das Auseinanderfallen von Reform und Revolution, von realpolitischem Reformismus und systemkritischer 'Avantgarde' gerade in Deutschland noch dadurch gefördert wird, dass die von Luxemburg so betonte Initiative der Massen hinter den Hoffnungen vieler Linker weit zurück bleibt. Ein Problem, das nur auflösbar wäre, wenn sich die Linke aus ihrer Defensive in die Offensive retten würde, mutig eine sozialistische Gesellschaft als Antwort auf die derzeitige Sackgasse propagieren und hinsichtlich der Formen konkreter Auseinandersetzungen weniger traditionell und brav bleiben würde. Das bedeutet auch, den herrschenden Krisendiskurs nicht einfach mitzumachen, sondern ihn zu verschieben und die Repräsentationskrise wie die zunehmende Offenheit breiter Teile der Gesellschaft für Kapitalismuskritik zu nutzen.

Klasse und Kämpfe

Aber nicht nur der Staat auch der Zusammenhang zwischen linker Politik und Arbeiterklasse hat sich geändert. Die Spaltung der Gesellschaft in ökonomische Interessengruppen und die Verbindung von Klasse und Partei sind für die Überlegungen von Luxemburg und Gramsci zentral. Beide denken Klasse nicht allein als Kategorie, die eine Stellung in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen meint, sondern auch als politisches Subjekt in spe. So wird für Luxemburg, sobald die Masse auf den politischen Schauplatz tritt, das Klassenbewusstsein praktisch und aktiv (Luxemburg 1906: 145). Gegenüber dem Akademiker oder der Akademikerin sei das Proletariat prädestiniert für ein sozialistisches Bewusstsein, da diesem sein unmittelbarer Klasseninstinkt Halt gäbe (vgl. Luxemburg 1903/04: 437). Heute ist offensichtlich, dass Gramsci Recht hatte, als er Luxemburg vor diesem Hintergrund Ökonomismus vorwarf (vgl. H13 § 24:1587). Doch auch bei ihm, der sah, dass sich Bewusstsein auf dem Terrain der Zivilgesellschaft entwickelt, bleibt die Partei 'Nomenklatur der Klasse' (H14 § 70: 1695). In ihrem jeweiligen historischen Kontext gingen sie beide davon aus, dass politische Gruppen, Politisierung und die Herausbildung von Bewegungen wesentlich entlang ökonomischer Interessen, entlang von Klassenlinien entstünden. Aus heutiger Perspektive können wir jedoch sagen, dass die Frauenbewegung, die eine globale politische Identität hervorbrachte und ein Bewusstsein der Geschlechterfrage erkämpfte, auf diese Weise ebenso wenig erfasst wird, wie antiimperialistische Bewegungen im globalen Süden ab Mitte des 20. Jahrhunderts. In den westlichen Zentren konnte die ArbeiterInnenklasse unter den fordistischen Arbeitsbedingungen sowohl stetig steigende Löhne als auch eine Sicherheit ihrer Arbeitsplätze durchsetzen. Die ökonomische Prekarität der Lohnabhängigen schien zumindest in gewissen Bereichen aus der Welt geschafft, eine Mobilisierung entlang anderer als den ökonomischen Fragen war denkbar. Dies setzte sich in Deutschland und anderen westlichen Ländern vor allem in Folge der sich auflösenden Homogenität der Arbeitsverhältnisse durch, die mit dem postfordistischen Wandel ab den 1970er Jahren einsetzte. Die damit einhergehende Pluralität der Linken mag zwar einerseits Gefahr laufen, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu vernachlässigen, führte aber andererseits dazu, dass andere Herrschaftsverhältnisse, die in der Linken bisher zu wenig Berücksichtigung gefunden hatten, jetzt stärker beachtet wurden. In diesem Kontext stellt sich jedoch das Problem, wie sich in Bezug auf eine ausdifferenzierte ökonomische Klasse die Organizität der Intellektuellen noch denken lässt. Inwiefern ist ein organischer Intellektueller noch organisch verbunden mit *der* Klasse? Ist er nicht vielmehr verbunden mit einem bestimmten Teil dieser Klasse? Führt diese Zerrissenheit der ökonomischen Situation notwendigerweise zu einer Zerrissenheit der Linken? Oder wäre das nicht selbst wiederum ein ökonomistischer Fehlschluss? Zumindest gerät

jedoch das Ziel der Konstitution einer Einheit des Proletariats als politisches Subjekt im Sinne des Selbstzentrismus Luxemburgs in Schwierigkeiten. Das betrifft nicht ihre unverzichtbare Verschiebung des Fokus auf die Initiative der Massen, sondern die Frage, ob sich aus dieser Initiative eine Einheitlichkeit, ein politisches Subjekt bzw. ein gegenhegemonialer Block ergeben kann, ohne dass diese Zentralisierung sich wesentlich stärker durch Teile der Zivilgesellschaft und des Staates erst konstituiert. Eine fehlende organische Einbindung von Führung in die jeweiligen Schichten und eine Vereinheitlichung von außen würde dagegen wieder zu dem kritisierten Avantgardismus führen.

Neben den bereits dargestellten historischen Veränderungen und den Schwierigkeiten, die sich daraus für den Ansatz von Luxemburg und Gramsci ergeben, möchten wir hier noch eine weitere Schwierigkeit ansprechen. Diese bezieht sich auf das Verhältnis zu Parlamentarismus, Gewerkschaften und Bürokratie, gegenüber denen Luxemburg und Gramsci stets auch kritisch eingestellt waren. Ihnen gilt als wesentliches Mittel gegen Bürokratisierung und Parlamentsfixierung von Parteien und Gewerkschaften die Aktivität der Massen. Für Luxemburg war dieses frisch pulsierende Leben das einzige Gegengift, ohne das selbst der 'idealste Parteivorstand' im 'bürokratischen Schlendrian versinken' würde (vgl. Luxemburg 1911: 40). Auch für Gramsci ergibt sich der Bürokratismus „[...] aus Mangel an Initiative und Verantwortung auf unterer Ebene [...]“ (H13 § 36: 1606). Luxemburgs und Gramscis Einschätzungen von Parlament und Bürokratie sind also selbst schon Warnungen davor, sich ein von Luxemburg empfohlenes Ausnutzen der parlamentarischen Möglichkeiten und die an Gramsci orientierte Bildung von Intellektuellen in der politischen Partei zu einfach vorzustellen. Gerade unter heutigen Bedingungen können wir – zumindest in Deutschland – von einer selbstbewussten Initiative und Aktivität der Massen nicht sprechen. Der Mangel an breiter Bewegung und Veränderung, die damit einhergehende relative Festigkeit heutiger gesellschaftlicher Verhältnisse, führt zu einer sauberen Trennung politischer und ökonomischer Kämpfe und dazu, dass es der Politik gelingt, „[...] die große Politik aus dem inneren Bereich des staatlichen Lebens auszuschließen und alles auf kleine Politik zu reduzieren“ (H13 § 5: 1542). Diese Situation gibt den Warnungen vor einem an der alten Sozialdemokratie orientierten Politikstil, die den Parlamentarismus rein affirmativ mit einbezieht, und einer rein auf Parteien fixierten Politik neue Aktualität. Gerade unter den heutigen Bedingungen, wo die Linke weder eine relativ homogene Klassenbasis noch kämpferische Massenorganisationen kennt, ergibt sich auch für eine sozialistische Partei die Gefahr, in der staatlichen Logik aufzugehen und damit dem Aufbau eines antagonistischen Blocks nicht mehr zuträglich zu sein. Es besteht die Gefahr, dass das Ausbleiben breiter Kämpfe und damit das Ausbleiben eines Entstehens von Gegenhegemonie von unten, zu dem Versuch des Aufbaus

einer Gegenhegemonie von oben führt. Diese Gefahr wird auch bei Gramsci deutlich, der in Analogie zum Aufbau eines geschichtlichen Blocks hervorhebt, dass eine „[...] Gruppe von Offizieren, gut eingespielt, in gutem Einvernehmen miteinander, mit gemeinsamen Zielen, nicht lange braucht, um eine Armee auch dort aufzustellen, wo es keine gibt“ (H14 § 70: 1696). Vielleicht fehlt uns heute diese Gruppe an Offizieren nicht, trotzdem bereitet uns der Aufbau einer Armee erhebliche Schwierigkeiten. Ganz abgesehen davon, dass eine Organisierung und eine Gegenhegemonie der Subalternen, die nicht zu einem avantgardistischen Projekt werden soll, zwar durch die organischen Intellektuellen aber eben nicht einseitig durch ein paar Offiziere entstehen kann. Der Mangel an Masseninitiative stellt uns heute vor ein anderes Problem als damals Luxemburg, die sich zu ihrer Zeit ein Scheitern der Linken in der Regel als ‘Das Versagen der Führer’ (vgl. Luxemburg 1919) vorstellen konnte. Für sie bestand dieses Versagen der Führer darin, dass diese die Masse bremsten, deren Aktivität zu erdrosseln drohten, insofern die „Führung hinter der Reife und der Kampfbereitschaft der Massen weit zurücksteht“ (ebd.: 525). Damit stehen wir heute vor Problemen, die nicht nur in den Gefahren der Bürokratisierung und Parlamentsfixierung der Führungsschichten besteht, sondern auch darin, dass diese Führungsschicht als Gruppe von Offizieren, von der Gramsci spricht, ein treibendes Moment im Aufbau von Gegenhegemonie spielen muss.

Die deutsche Bevölkerung schläft noch ihren Krisengewinnerschlaf, während es in Griechenland, Spanien, Portugal, Frankreich und anderen Ländern zu Generalstreiks und Protesten kommt, Italien angeblich unregierbar wird und in Bulgarien nach Demonstrationen die Regierung zurücktritt. Heute mag ein Aufbrechen gesellschaftlichen Probleme zu breiten politischen Auseinandersetzungen oder eine Desorganisierung der Politik in Deutschland als illusorische Schwärmerei erscheinen, doch nichts ist verheerender für die Linke als ihre eigenen Chancen auszuschließen und aus der Vermutung der ewigen Ruhe heraus sich diese selbst zu nehmen. Rosa Luxemburg hat stets gegen diese Lethargie gekämpft. Während in Russland 1905 die Massenkämpfe tobten, wurde auch damals in Deutschland gepredigt, dass es hierzulande keine „eruptiven Böden“ gäbe und ein Massenstreik unmöglich sei. Dagegen betonte Luxemburg mit Vehemenz, dass Zündstoff in Hülle und Fülle vorhanden sei (vgl. Luxemburg 1906:134-140). Die Rede von der ewigen Unmöglichkeit einer breiten Bewegung wirkt so hemmend wie ein bürokratischer Apparat. Breite gesellschaftliche Auseinandersetzungen müssen wieder Teil einer linken Strategie werden. Wie Luxemburg und Gramsci in ihren Schriften deutlich machen, liegt eine Lebensnotwendigkeit der sozialistischen Bewegung in der Aktivität der Massen. Gleichzeitig dürfen breite gesellschaftliche Kämpfe und Initiativen nicht nur als Werkzeuge gesehen werden, durch deren Druck ein alternatives Regierungsprogramm erzwungen wird. Stattdessen

müssen die verschiedenen Akteure, Initiativen und neuen Organisationsformen als Stützpunkte des Neuen im Alten gesehen und von einer linken Partei, die parlamentarisch agiert, aktiv unterstützt werden, ohne sie zu vereinnahmen.

Literatur

- a&k (2012): *Wir brauchen einen linken Populismus*. Interview mit Katja Kipping und Bernd Riexinger. In: analyse & kritik Nr. 575. S. 25.
- Birkmann, Konrad/Winkler, Michael (1997): *Edukationismus*. In: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 3. Argument Verlag, Hamburg, 12-19.
- Brand, Ulrich (2007): Die Internationalisierung des Staates als Rekonstruktion von Hegemonie. Zur staatstheoretischen Erweiterung Gramscis. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas: *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Nomos Verlag, Baden-Baden, 161-180.
- Caponi de Hernandez, Orietta (1989): *Die neue Partei: der moderne Fürst, der kollektive Intellektuelle*. In 1989: *Die „Linie Luxemburg-Gramsci“*. Zur Aktualität marxistischen Denkens. Argument Sonderband 159. Argument Verlag, Hamburg, 107-121.
- Demirović, Alex (2007): Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas: *Hegemonie gepanzert mit Zwang*. Nomos Verlag, Baden-Baden, 21-41.
- Demirović, Alex/Sablowski, Thomas (2012): *Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa*. In PROKLA 166. 42. Jg. 2012. Nr. 1, 77-106.
- Fisahn, Andreas (2008): *Herrschaft im Wandel. Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates*. PappyRossa Verlag, Köln.
- Gramsci, Antonio (1929-1935): *Gefängnishefte*. Band 1-10. Argument Verlag, Hamburg 1991ff.
- Haug, Frigga (2002): Standbein und Spielbein – Rosa Luxemburgs Konzept von revolutionärer Realpolitik. In: Kinner, Klaus/Seidel, Helmut (2009): *Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes*. 2. Aufl. Dietz Verlag Berlin, 139-151.
- (2007): *Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik*. Argument Verlag, Hamburg.
- Haug, Wolfgang/Fritz (1989): *Notizen über Peter Weiss und die 'Linie Luxemburg-Gramsci' in einer Epoche der Ambivalenz*. In: *Die 'Linie Luxemburg-Gramsci'. Zur Aktualität marxistischen Denkens*. Argument Sonderband 159. Argument Verlag, Hamburg, 6-13.
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. VSA-Verlag, Hamburg.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1902a): *Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben*. In: Lenin Werke. Band 6. Dietz Verlag, Berlin. 1959, 223-244.
- (1902b): *Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung*. In: Lenin Werke. Band 5. Dietz Verlag, Berlin. 1959, 355-580.
- Luxemburg, Rosa (1899): *Sozialreform oder Revolution?* In: Gesammelte Werke. Dietz, Berlin 1970-1975. Band 1/1, 367-466.
- (1903): *Karl Marx*. In: Gesammelte Werke. Dietz, Berlin 1970-1975. Band 1/2, 369-377.
- (1903/04): *Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie*. In: Gesammelte Werke. Dietz, Berlin 1970-1975. Band 1/2, 422-444.
- (1904): *Sozialdemokratie und Parlamentarismus*. In: Gesammelte Werke. Dietz, Berlin 1970-1975. Band 1/2, 447-455.
- (1904/05): *Die Revolution in Rußland*. In: Gesammelte Werke. Dietz, Berlin 1970-1975. Band 1/2, 477-484.

- (1906): *Massenstreik, Partei und Gewerkschaft*. In: Gesammelte Werke. Dietz, Berlin 1970-1975. Band 2, 91-170.
 - (1911): *Wieder Masse und Führer*. In: Gesammelte Werke. Dietz, Berlin 1970-1975. Band 3, 37-44.
 - (1914): *Parteidisziplin*. In: Gesammelte Werke. Dietz, Berlin 1970-1975. Band 4, 15-17.
 - (1918): *Zur russischen Revolution*. In: Gesammelte Werke. Dietz, Berlin 1970-1975. Band 4, 332-365.
 - (1918/19): *Unser Programm und die politische Situation*. In: Gesammelte Werke. Dietz, Berlin 1970-1975. Band 4, 488-513.
 - (1919): *Das Versagen der Führer*. In: Gesammelte Werke. Dietz, Berlin 1970-1975. Band 4, 525-528.
- Tsipras, Alexis (2012): *Kampf der Welten. Mit Luxemburgs Humanismus gegen das neoliberale Diktat*. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Rosalux. 4-2012. Berlin.
- Wallat, Hendrik 2012: *Staat oder Revolution. Aspekte und Probleme linker Bolschewismuskritik*. Edition Assemblage. Münster.

DIE

SINNE

**SCHÄR-
FEN!!!**

JETZT

TESTEN:

4 Ausgaben für 10 €

Bestellungen: www.akweb.de

ak

analyse & kritik

Zeitung für linke
Debatte und Praxis